

## **Redekonzept zum „Haushalt 2023“**

(Brigitte Wolf, 21. 12. 2022)

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen,

bei unserer letzten Haushaltsdebatte im Januar 2022 haben wir uns noch zentral mit den Auswirkungen der Corona-Pandemie befasst. Man konnte damals bereits ahnen, dass diese Gefahr gebannt werden kann. Und obwohl die Folgen auch im persönlichen Bereich brutal waren und teilweise noch sind – die Rückkehr zu einer neuen Form der „Normalisierung“ schien – zumindest im Rückblick – greifbar.

Doch der völkerrechtswidrige Angriffskrieg auf die Ukraine hat diese Hoffnungen bereits im Februar zunichte gemacht. Die weltweit katastrophalen humanitären Folgen dieses Krieges überlagern nicht nur die Pandemie, sondern darüber hinaus die eigentlich überlebenswichtigen Aufgaben, die vor uns liegen: Ein der akuten Bedrohung angepasster Umgang mit der Klimakatastrophe ist nirgends in Sicht – im Gegenteil. Zudem weiß niemand, ob bzw. in welche Richtung sich dieser neue Krieg in Europa noch ausweiten wird. Oder wie er wieder beendet werden kann. Die Corona-Pandemie konnte durch medizinisch-technischen Fortschritt eingedämmt werden. Zur Beendigung von Kriegen bedarf es hingegen viel eher der menschlichen Vernunft – gerade das stimmt mich pessimistisch. Ich halte die Chancen für ein rasches Kriegsende leider für gering.

Dieser Krieg hat massive Folgen auch hier bei uns: Neben der raschen Aufnahme und Integration von Tausenden von Menschen führt die Explosion der Energie- und Lebenshaltungskosten zu einem schnellen Anwachsen der Armut und der Verzweiflung – auch und gerade in München. Damit bleiben die Aufgaben, vor der die Stadt steht, weiterhin hoch und steigen teilweise weiter an. Denn auch die kommunale Umsetzung der gesamtgesellschaftlichen Klima- und Nachhaltigkeitsziele duldet keinerlei Zeitverzögerung mehr.

2022 haben sich auch die Folgen der brutalen Einschnitte in den Personalhaushalt 2020 und 2021 in allen Referaten bemerkbar gemacht. Die Nichtbesetzung freiwerdender Stellen führte neben den andauernden PEIMAN-Abordnungen zu massiver Überlastung in zahlreichen Referaten. Jetzt werden zwar wieder Stellen besetzt, aber der Rückstau ist fast überall noch deutlich sichtbar. Vor allem, da ja auch immer mehr der Kolleg\*innen in den Ruhestand gehen. Und neue Beschäftigte zu finden, ist in fast allen Bereichen sehr schwierig und langwierig. Wir plädieren deshalb dafür, die Personalbudgets in den Referaten so zu erhöhen, dass jederzeit Einstellungen auf bereits geschaffenen Stellen möglich sind. Hohe Investitionen in Schulen und Kitas, den Öffentlichen Personennahverkehr, den Ausbau von Fuß- und Radwegen, in Sanierung von Wohnungen und Wohnungsneubau liegen vor uns – für die Umsetzung benötigen wir auch die erforderliche Man- und Woman-Power in der Verwaltung.

Angesichts all dieser Krisen erstaunt es durchaus, dass der städtische Haushalt sich so robust darstellt – zumindest aktuell noch. Die städtischen Steuereinnahmen werden aller Wahrscheinlichkeit nach erneut eine Rekordhöhe erreichen, auch der Zuschussbedarf von Messe München und Flughafen wird sich wohl reduzieren. Deshalb halten wir eine weitere Konsolidierung im Verwaltungshaushalt 2023 in Höhe von 100 Mio. € für nicht erforderlich. Diese Sparmaßnahme trifft ja nicht nur Bürobedarf, sondern zu einem großen Teil auch Instandhaltungsmaßnahmen an

Gebäuden, Brücken, Straßen, Fuß- und Radwegen. Dort weiter zu reduzieren, ist kontraproduktiv und wird längerfristig teuer werden für die Stadt.

Kolleginnen und Kollegen,

ich finde es gut, dass wir diesmal in den Dezember-Ausschüssen tatsächlich zur Beratung der Teilhaushalte der Referate gekommen sind. Zu einem Teil hat dazu sicherlich mein jährliches Lamento über die nicht stattfindenden Haushaltsdiskussionen beigetragen. Und vielleicht auch, dass wir mit unseren Anträgen zur Haushaltsausweitung im Herbst in Vorleistung gingen. Ich möchte mich an dieser Stelle auch dafür bedanken, dass (fast) alle unsere Haushaltsanträge entweder in Gänze oder zumindest teilweise umgesetzt werden. Es wäre schön, wenn sich die anderen Oppositionsparteien – wenigstens die größte, die CSU – auch diese Mühe machen würden, anstatt sinnbefreite Anträge zu stellen wie den vom 6. Dezember zur Bearbeitungszeit von Anträgen. Anträge, die den Haushalt betreffen, müssen in den Haushaltsausschüssen beraten werden. Das gilt nicht nur für die grün-roten Anträge, auch unsere Haushaltsanträge wurden rasch und zeitgerecht behandelt.

Kolleginnen und Kollegen,

viele Bestandteile des Haushalts und des Investitionsprogramms spiegeln wichtige politische Themen wider, die im Fokus unserer Arbeit als Fraktion „Die Linke / Die Partei“ stehen: Bekämpfung von Armut und Verelendung, Schaffung und Erhalt bezahlbaren Wohnraums für die Vielen, Bau und Sanierung von Schulen und Kitas, Vorantreiben der Verkehrswende durch den Bau von Trambahnen, Fuß- und Radwegen, Anpassungen an den Klimawandel auch in der Stadtplanung. Dennoch – und trotz der Erfolge unserer Haushaltsanträge – können wir dem Haushalt auch diesmal nicht zustimmen.

Einmal, weil Sie z.B. erneut einen Tunnel für den Autoverkehr auf den Weg gebracht haben, nämlich den geplanten BMW-Tunnel im Münchner Norden. Dieses Projekt widerspricht eklatant der von Ihnen propagierten Verkehrswende. Oder auch, dass die Sanierung des Gasteig als Investorenmodell erfolgen soll. Damit wird die Sanierung noch teurer, zudem werden die Kosten von mindestens 450 Mio € lediglich in die Zukunft verschoben.

Aber weit gewichtiger für unsere Ablehnung ist das Festhalten der Stadtratsmehrheit an einem massiven Ausbau des U-Bahnsystems, das wir unserer Ansicht nach nicht finanzieren können und auch nicht durch ausreichende Zuschüsse vom Bund oder Freistaat finanziert bekommen. Hier teilen wir explizit die Position des Stadtkämmerers. Durch die 2. Stammstrecke und deren Bauverzögerungen und Kostensteigerungen sind die GVFG-Mittel bis weit in das nächste Jahrzehnt verplant. Ich halte es für aussichtslos, gleichzeitig den Bau der U9 voranzutreiben, deren Kosten sicherlich in einer ähnlichen Höhe von 10 Mrd. € landen werden. Allein für das Vorhaltebauwerk am Hauptbahnhof sind bereits jetzt 600 Mio. € eingeplant – bis es dann einmal gebaut ist, können leicht Kosten bis zu 1 Mrd. € auf die Stadt zukommen. Und das ohne Zuschüsse und auf Jahrzehnte ohne verkehrlichen Nutzen. Der Weiterbau der U5 von Pasing nach Freiham ist aktuell nicht erforderlich, Freiham ist durch zwei S-Bahn-Stationen und Bussen (relativ gut) erschlossen für den Nahverkehr. Stattdessen sollten wir das U-Bahn-Netz durch eine Verlängerung der U4 nach Engelschalking schneller vorantreiben. Das wäre auch für die Entwicklung im Münchner Nordosten wichtiger. Zu unserem Unglück sieht es aktuell so aus, als müssten wir die Tieferlegung der S8

alleine bezahlen – auch dort werden sicherlich wieder Kosten in Milliardenhöhe auflaufen.

Ich teile an dieser Stelle die Befürchtungen des Stadtkämmerers, dass all diese Großprojekte nicht ohne eine massive Kreditfinanzierung, gleichfalls in Milliardenhöhe, möglich sein werden. Und bei den wieder steigenden Zinsen ist das eine Entwicklung, die massiv auf die Leistungsfähigkeit der Stadt zurück wirken wird. Bei einer zusätzlichen Verschuldung von 1 Mrd. € werden bei einer Verzinsung von lediglich 4 % bereits 40 Mio. € fällig, die zusätzlich im Verwaltungshaushalt aufschlagen – jedes Jahr wieder. Das wird dann sicherlich auch zu weiteren Konsolidierungsrunden führen, mit Einschnitten bei den Sozial- und Personalausgaben. Das Perfide an diesen Plänen ist, dass Sie das zwar heute beschließen, die volle Wucht der Kosten und der Folgeprobleme erst in der nächsten oder übernächsten Amtsperiode des Stadtrats eintreten wird. Falls Sie an all diesen Planungen festhalten wollen, müssen Sie auf jeden Fall die Gewerbesteuer massiv erhöhen – daran werden Sie sicherlich nicht vorbeikommen. Deshalb haben wir hierfür bereits heute einen entsprechenden Antrag gestellt.

Aber nicht nur aus finanziellen Gründen lehnen wir die städtischen U-Bahn-Träume ab. Wir haben auch den ökologischen Fußabdruck dieser Planungen im Blick. Sollen wir wirklich weiterhin derart viel Beton im Untergrund verbauen? Sie argumentieren immer, München wird weiterhin schnell wachsen, deshalb sei das nötig. Ein solche Einschätzung unterstützt die aktuelle Entwicklung aber nicht. Der Zuzug hat sich bereits seit 2017 verlangsamt. Und ohne die Geflüchteten aus der Ukraine wären in diesem Jahr nur einige Tausend Menschen in München dazugekommen. Zahlreiche Entwicklungen wie Videokonferenzen und Homeoffice, aber auch die immer noch explodierenden Mietpreise und die Verknappung von Flächen wirken einem weiteren Zuzug in die Stadt massiv entgegen. Und wäre es wirklich so schlecht, wenn sich die ländlicheren Regionen nicht weiter entvölkern würden? Ich finde nicht.

Kolleginnen und Kollegen,

Zum Schluss möchte ich noch einmal auf unsere Änderungsanträge zum Haushalt und zum Mehrjahresinvestitionsprogramm hinweisen und bitte um Ihre Unterstützung.